

Generalstabs im Zeitalter der Einigungs- und der Weltkriege. In den Kapiteln über die globalen Konflikte des 20. Jahrhunderts akzentuiert er die Militär-, nicht die Gewaltgeschichte. Wilson betont, dass sich das Vorgehen der deutschen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg ungeachtet vorhandener Kontinuitätslinien „quantitativ und qualitativ“ von früheren Kriegseinsätzen unterschieden habe (S.681). Dass sich in einem fast tausend Seiten umfassenden Überblickswerk auch kleinere Ungenauigkeiten und Fehler finden, ist unvermeidbar. Beispielsweise gelangte die deutsche III. Armee im Deutsch-Französischen Krieg sehr wohl bereits Anfang August ins Gefecht (anders S.493) und löste Württemberg seinen Generalquartiermeisterstab 1871 auf (anders S.496, 519).

Die Darstellung Wilsons baut auf einer breiten Kenntnis sowohl englischsprachiger als auch deutschsprachiger Literatur auf. Nichtsdestotrotz vermisst man den Hinweis auf manches deutschsprachige Standardwerk in den Anmerkungen. Sehr erfreulich aus südwestdeutscher Sicht ist, dass Wilson als exzellenter Kenner der frühneuzeitlichen württembergischen Militärgeschichte die Historiografie dieses Raumes ausgiebig berücksichtigt.

Peter H. Wilsons „Iron and Blood“ ist ein bedeutendes Werk, das auf der Grundlage neuerer wissenschaftlicher Forschungen für ein internationales Publikum zahlreiche gängige Klischees der mitteleuropäischen Militärgeschichte korrigiert. Der deutschen Ausgabe des Buches, die sich sehr flüssig liest, ist eine breite Rezeption zu wünschen.

Wolfgang Mährle

Ulrich LAPPENKÜPER / Wolfram PYTA (Hg.), *Entscheidungskulturen in der Bismarck-Ära* (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe 32). Paderborn: Brill Schöningh 2024. 335 S. ISBN 978-3-506-79289-1. Geb. € 56,-

Wie wurden in der Zeit zwischen 1871 und 1890 im Deutschen Reich politische Entscheidungen getroffen? Welche Akteure waren an der Entscheidungsfindung beteiligt, und welche kulturellen Dispositionen lagen den Entscheidungsprozessen zugrunde? Der von Ulrich Lappenküper und Wolfram Pyta herausgegebene Sammelband „Entscheidungskulturen in der Bismarck-Ära“ knüpft an jüngere Forschungen zur Geschichte des Entscheidens an, insbesondere an die Ergebnisse des Münsteraner Sonderforschungsbereichs „Kulturen des Entscheidens“ (2015–2019). Einen weiteren wichtigen Bezugspunkt bildet die soziologische Forschung, vor allem die Publikationen von Uwe Schimank.

Die ersten zwei Jahrzehnte des 1870/71 gegründeten Deutschen Reiches sind für Analysen zu historischen Entscheidungskulturen besonders vielversprechend. Auf der einen Seite erforderten die komplexen Verfassungsstrukturen des föderal konstruierten Reiches mit zahlreichen Entscheidungsinstanzen grundsätzlich von allen politischen Akteuren eine ausgeprägte Bereitschaft zum Kompromiss. Auf der anderen Seite steht außer Frage, dass der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck im Zentrum nahezu aller wichtigen Entscheidungsprozesse stand. Hierdurch begründet sich die verbreitete Rede von einer „Bismarck-Ära“ oder gar einem „Bismarck-Reich“.

Die Mehrzahl der im Sammelband enthaltenen Beiträge ist Institutionen und Personen gewidmet, denen im Deutschen Reich nach 1871 hervorgehobene Entscheidungsbefugnisse zukamen. Die ersten beiden Aufsätze von Jan Markert und Frank Lorenz Müller über die Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. kommen zu einem völlig divergierenden Befund. Während Markert in deutlicher Abweichung von der bisher üblichen Bewertung Wilhelm als

einen „autonomen, ja *zentralen* und *finalen* Entscheidungsakteur“ [S. 33, Hervorhebung im Original, W.M.] des Reiches wahrnimmt, dem sich Bismarck weit häufiger als bisher bekannt habe beugen müssen, schätzt Müller seinen Sohn und Nachfolger Friedrich als politisch weitgehend bedeutungslose Persönlichkeit ein. Eine grundlegende Umgestaltung des Reiches im liberalen Sinne sei vom langjährigen Kronprinzen und 100-Tage-Kaiser nicht zu erwarten gewesen.

Ulrich Lappenküper untersucht in seinem Aufsatz „Entscheidungskulturen im politischen Handeln Otto von Bismarcks“ die Gestaltungsspielräume und die Herrschaftstechnik des Reichskanzlers. Bismarck war wie alle politischen Akteure in den verfassungsrechtlichen, auf Aushandlungsprozesse abzielenden Rahmen des Reiches eingebunden. Dass er es verstand, innerhalb dieses Rahmens seinen Willen sehr häufig zur Geltung zu bringen, war seinem Realitätssinn, seinem Pragmatismus und seiner Wandlungsfähigkeit, aber auch seiner Konfliktbereitschaft und seiner Fähigkeit zur polemischen Eskalation geschuldet. Von einer „Bismarck-Diktatur“ zu sprechen, ist nach Lappenküper wenig überzeugend (S. 115/116).

Für den Bundesrat – ein zentrales Element der Reichsverfassung – kann Oliver F. R. Haardt nach der Reichsgründung einen raschen politischen Bedeutungsverfall konstatieren. Die wichtigen politischen Entscheidungen fielen im Zusammenspiel zwischen Reichskanzler und Reichstag. Diesem Themenkomplex widmen sich zwei längere Aufsätze von Wolfram Pyta und Stefan Gerber. Pyta fragt nach den Kooperationsmustern zwischen Kanzler und Parlament. Er kann drei Typen von Verhandlungsparadigmen Bismarcks herausarbeiten, das „verständigungsorientierte Verhandeln“, das „kompromissorientierte Verhandeln“ und die „agonale Abstößung“ (S. 154/155). Während Bismarck in den 1870er Jahren überaus vertrauensvoll mit dem Nationalliberalen Rudolf von Bennigsen zusammenarbeitete, folgte seine Kooperation mit dem Zentrum zwischen 1879 und 1890 den Zwängen des Verfassungsrahmens und zielte auf einen politischen Kompromiss ab. Bismarcks starke Stellung in den Gesetzgebungsprozessen beruhte nicht zuletzt darauf, dass er über seine jeweiligen politischen Verhandlungspartner im Reichstag entscheiden konnte. Mit einigen Reichstagsfraktionen (v. a. mit den Sozialdemokraten) kam grundsätzlich keine Kooperation zustande. Bismarck ignorierte aber auch einzelne Persönlichkeiten, wie etwa den parlamentarischen Frontmann des Zentrums, Ludwig Windthorst, dessen politisches Agieren Stefan Gerber in den Blick nimmt. Gerber betont dabei die Rolle Windthorsts als Repräsentations- und Integrationsfigur der – überaus heterogenen – Sammlungspartei des politischen Katholizismus. Durch gezielte Positionierungs- und Entscheidungsverzögerung sei es Windthorst gelungen, zur Kompromissbildung in der Zentrumsfraktion beizutragen und deren politische Mitwirkungsmöglichkeiten zu erweitern.

Militär- und Außenpolitik nahmen im Deutschen Reich in mancher Hinsicht eine Sonderstellung ein. Die „Entscheidungskulturen im Heerwesen“ analysiert Holger Afflerbach. Er weist darauf hin, dass das zeitgenössische Ideal des raschen militärischen Entscheidungshandelns in der politischen Realität des Kaiserreichs aufgrund der bestehenden institutionellen Konkurrenz in den Spitzengliederungen sowohl des Heeres als auch in der Marine weitgehend Fiktion blieb. Die Außenpolitik erweist sich nach dem Befund von Friedrich Kießling als Bismarcks eigentliche Domäne. Diplomaten konnten zwischen 1871 und 1890 kaum als Entscheidungsträger hervortreten. Bismarcks außenpolitische Kunst zeigte sich nicht zuletzt darin, dass dilatorische Lösungen oder das bewusste Nicht-Entscheiden wichtige Instrumente bildeten. Mit Recht bezweifelt Kießling, dass Bismarcks Politik – im Ge-

gensatz zur dezisionistischen Außenpolitik der wilhelminischen Epoche – aus diesem Grund einer „vormodernen Kultur“ zuzuordnen sei (S.253).

Die Rolle von Wirtschaftsverbänden im Gesetzgebungsprozess des Deutschen Reiches untersucht Cornelius Torp anhand von zwei politischen Richtungsentscheidungen: der zollpolitischen Wende von 1879 und der Verabschiedung des Bülow-Zolltarifs im Jahr 1902. Torp betont, dass es Bismarck wesentlich besser als Bülow gelungen sei, die widerstreitenden Interessen der im vordiplomatischen Raum überaus aktiven landwirtschaftlichen und industriellen Interessenverbände zu einem Ausgleich zu bringen.

Aufschlussreich ist Birgit Aschmanns Blick auf die Entscheidungsprozesse der Bismarck-Ära aus emotionsgeschichtlicher Perspektive. Besonders bei der Entscheidung zum Krieg im Sommer 1870 sei unübersehbar, dass emotionale Aspekte einen erheblichen Einfluss auf politische Prozesse erlangen konnten. Die Gefühlswelten der Akteure waren dabei kulturell vorgeprägt. Aschmann weist auf die hohe Bedeutung des zeitgenössischen Ehrdiskurses hin. Auch Bismarck hatte seine Emotionen nicht immer unter Kontrolle. Der Kanzler verstand es aber auf der anderen Seite immer wieder, Gefühle kalkuliert einzusetzen und sie politisch nutzbar zu machen.

Der Band schließt mit einem längeren Aufsatz des Bundesministers a. D. Peter Altmaier über die „Entscheidungskulturen der Gegenwart“. Altmaier erörtert darin die Rahmenbedingungen heutiger politischer Entscheidungsfindung, etwa verfassungsrechtliche Vorgaben wie den Föderalismus oder das „Kanzlerprinzip“, aber auch politische Grundlinien wie die Westintegration oder die Deutsch-Französische Freundschaft. Er weist verschiedentlich – hierin besteht die Verbindung zu den anderen Aufsätzen – auf historische Konstanten seit der Bismarck-Ära hin, zeigt aber auch Veränderungen vor allem nach 1945 auf. Am Ende steht ein kurzer Ausblick, in dem Altmaier den aktuellen Reformbedarf bei der politischen Entscheidungsfindung skizziert. Das gegenwärtige System der *Checks* und *Balances* verhindern zu häufig rasche und effiziente politische Entscheidungen.

Die Aufsätze des Sammelbandes zeichnen sich, ungeachtet ihres unterschiedlichen Umfangs, durchgehend durch eine hohe analytische Qualität aus. Die kulturhistorisch inspirierte Methodik der Beiträge erweist sich als überaus fruchtbar, neue Erkenntnisse über die Entscheidungsprozesse im Deutschen Reich zwischen 1871 und 1890 zu gewinnen. Welche Konsequenzen ergeben sich aber durch die Analysen für das historische Bild des „Eisernen Kanzlers“ Otto von Bismarck? Deutlich wird, dass von einer (bonapartistischen) „Diktatur“ Bismarcks mit guten Gründen nicht gesprochen werden kann. Das Reich war von einer politischen Kultur geprägt, welche die Entscheidungsfindung als Ergebnis längerer Aushandlungsprozesse begriff. Dass es Bismarck ungeachtet dessen gelang, die äußere Politik nachhaltig zu bestimmen, aber auch in der inneren Politik seinen Willen bei zahlreichen (aber eben nicht bei allen) Gesetzesvorhaben und Projekten durchzusetzen, war nicht nur auf seine verfassungsrechtliche Stellung zurückzuführen, sondern wesentlich auch auf seine charismatische Persönlichkeit, seine Reputation als „Reichsgründer“ und sein politisches Geschick.

Wolfgang Mährle